

aus der 2. Sitzung des Grossen Gemeinderats Interlaken vom 28. März 2017

Versanddatum: 29. März 2017

12 A1.3 Unterschriftensammlung, Initiative und Referendum generell

Gemeindeinitiative "Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere"

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Der Gemeinderat hat zuhanden des Grossen Gemeinderats schriftlich beantragt, den Schlussbericht zu diskutieren und zur Kenntnis zu nehmen, ihn dann jedoch zur Stellungnahme bis spätestens zur Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 29. August 2017 an den Gemeinderat zu überweisen.

David Bühler, Präsident der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept, und *Bastian Hofmann*, Vizepräsident dieser Kommission, erläutern den schriftlich abgegebenen Schlussbericht und die Kommissionsempfehlungen noch mündlich und gehen auf Rückmeldungen aus den letzten vier Wochen ein. Ein Punkt sei das Verkehrsregime in der Marktgasse gewesen, bei dem befürchtet worden sei, dass die Altstadt von Unterseen abgehängt werde. Von Interlaken werde es jedoch leichter, die Altstadt zu erreichen, und es gebe keine Kreuzungsprobleme mehr. Die Verbindung werde für Fussgängerinnen und Fussgänger attraktiv und von Unterseen sei Interlaken über die Bahnhofstrasse gut erreichbar. Entgegen gewisser Stimmen sei das Crossbowkonzept im Jahr 2003 nicht abgelehnt worden, sondern nur ein damals vorgelegter Ausführungskredit. Verschiedene Crossbowprojekte seien in der Zwischenzeit vom zuständigen Organ bewilligt worden und hätten realisiert werden können. Es sei nicht Sache der Kommission gewesen, Visionen zu erarbeiten. Das Konzept Crossbow als solches sei bereits visionär gewesen, sei es noch heute und lasse auch ein Verkehrswachstum zu. Gemäss *Bastian Hofmann* treffe es zu, dass sich das Initiativkomitee einstimmig gegen einen Rückzug der Initiative und damit für einen Entscheid der Stimmberechtigten ausgesprochen habe. Innerhalb des Komitees seien jedoch die Meinungen geteilt, was von den Vorschlägen der nicht ständigen Kommission zu halten sei.

Vizegemeindepräsident Hans-Rudolf Burkhard bittet, den Bericht zu diskutieren, damit der Gemeinderat die Überlegungen der Parlamentsmitglieder kenne, auf eine materielle Beschlussfassung jedoch zu verzichten und dem Gemeinderat Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb der Moratoriumsfrist zu geben. Er bestätigt damit den vorgängig schriftlich eingereichten **Antrag** des Gemeinderats. Rechtlich würden Verkehrsmassnahmen in der abschliessenden Zuständigkeit des Gemeinderats oder der Sicherheitskommission liegen, so weit sie dem behördenverbindlichen Verkehrsrichtplan entsprechen würden. Einzig für den Verkehrsrichtplan selber sei der Grosse Gemeinderat zuständig. Ein Ja zur Verkehrsinitiative würde die Verkehrspolitik auf Jahre blockieren.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Lorenz Schütz verdankt bewundernd den ausführlichen Bericht der nicht ständigen Kommission, der seine Erwartungen übertroffen habe. Unter Mitwirkung der Bevölkerung hätten die drei Bodeligemeinden 1999 einen Verkehrsrichtplan beschlossen, der noch heute seine Gültigkeit habe und weiterhin zukunftsgerichtet angewendet werden könne. Es brauche keinen neuen Verkehrsrichtplan, der Wesentliches aus dem Plan von 1999 auf den Kopf stelle. Der geltende Plan erlaube die vorgeschlagenen Massnahmen umzusetzen. Dafür brauche es aber ein Zusammengehen. Der Gemeinderat müsse nun Zeit haben, sich zu den Vorschlägen zu äussern.

Corinne Schmidhauser bestätigt, dass auch die FDP die Arbeit der Kommission verdanke. Die Kommission zeige den richtigen Weg auf und es sei nun der Zeitpunkt gekommen, um die Weichen zu stellen. Interlaken sei ein touristisches Zentrum und ein Regionszentrum. Der Ort sei faktisch eine Stadt, wenn auch mit nur 6000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Jede Stadt habe heute ein verkehrsfreies Zentrum. Es brauche auch gewisse Einschränkungen der Einzelnen im Interesse des Ganzen. Nur so könne Interlaken in die Zukunft gehen und bestehen. Über Begegnungszonen könne gesprochen werden und diese würden ausdrücklich unterstützt. Die FDP hätte die Antworten des Gemeinde-

rats gerne vor dem August, denn über einen Gegenvorschlag zur Initiative müsste im August beschlossen werden können. Sie habe noch folgende Fragen an den Gemeinderat: Welches seien die möglichen finanziellen Auswirkungen auf die Agglomerationsgelder, wenn die Initiative angenommen würde? Wie sähen der Umsetzungsplan und die Etappierung der vorgeschlagenen Massnahmen aus? Wo sehe der Gemeinderat die grössten Hindernisse bei der Umsetzung der Empfehlungen? Sie bedaure, dass sich der Gemeindepräsident nicht so eingerichtet habe, dass er selber für den Gemeinderat hätte Stellung nehmen können. Auf Rückfrage von *Ratspräsidentin Dorothea Simmler* bestätigt *Corinne Schmidhauser*, dass sie die Stellungnahme des Gemeinderats bereits in der Junisitzung als **Änderungsantrag** zum Antrag des Gemeinderats verstanden haben wollte.

Hans Romang dankt für SP/Grünen für den Kommissionsbericht. Die Kommission habe ihren Job gemacht. Die vorgeschlagenen Empfehlungen würden unterstützt, weil sie auf dem gültigen Verkehrsrichtplan beruhen würden, der Verkehr gelenkt werde, die Reisebusse aus dem Zentrum genommen würden und die Beruhigung der Quartiere berücksichtigt werde. Der Vorschlag zur Marktgasse sei eine gute Lösung. Das Festhalten am Teilfahrverbot im Schlauch sei richtig. Flaniermeilen seien nötig. Verbesserungen seien noch bezüglich Langsamverkehr und Schulwegsicherung, insbesondere in der Alpenstrasse, möglich. Bei den Quartieren dürfe nicht auf einzelne Strassen abgestellt werden; es seien auch Nachbarstrassen ins Ganze einzubeziehen. Auch bei den Reisebussen seien noch Optimierungen möglich, insbesondere bezüglich des Vorschlags zur Klosterstrasse. Wichtig sei der Einbezug des öffentlichen Verkehrs. Der ordentliche Weg über die Kommissionen sei richtig, wozu dem Gemeinderat die nötige Zeit eingeräumt werden müsse. Er bedaure das Vorpreschen des Initiativkomitees, das sein eigenes Moratorium von zwei Jahren nicht abgewartet habe. Der Limmatquai in Zürich sei vor zehn Jahren autofrei geworden. Nach fünf Jahren würden sich die Mehr- und Mindereinnahmen zwar die Waage halten, aber 60 Prozent der Gewerbetreibenden und sogar 94 Prozent der Fussgängerinnen und Fussgänger seien mit der neuen Regelung zufrieden.

Manuela Nyffeler dankt für die SVP für den Bericht. Es gebe im Bericht sehr gute Ansätze und viele neue Ideen, für die aber mit dem Initiativkomitee keine Einigung habe erzielt werden können. Die SVP sei schon im August 2015 für eine rasche Abstimmung gewesen. Die SVP möchte am gesperrten Schlauch festhalten, Lösungen für Reiseautos ausarbeiten, die Quartiere berücksichtigen und das Fussgängerleitsystem weiter verfolgen. Das Volk müsse bei der Abstimmung wissen, was es erhalte, wenn ja oder nein gestimmt werde.

Fredi Daumüller verweist auf seine zwei Hüte und spricht als Mitglied des Initiativkomitees. Für dieses seien die Vorschläge der nicht ständigen Kommission zu wenig visionär. Ein Personenleitsystem werde angedacht, aber das wichtigere Verkehrsleitsystem nicht. Der Verkehrsrichtplan verlange keine Sperre des Schlauchs. Eine Pollerlösung mit einer nur saisonalen und zeitlichen Sperrung wäre richtplankonform. Die Marktgasse sei im Verkehrsrichtplan nicht als Einbahnstrasse vorgesehen. Die Gemeinde müsse korrekt mit den Nachbargemeinden umgehen.

Bernhard Staehelin bemerkt, dass er nun schon zum vierten Mal zu einem wichtigen Verkehrsthema spreche. Schon unter den Gemeinderäten Roland Hirni und Sibylle Andres und auch bei der Beschlussfassung über Crossbow sei der Verkehr grundsätzlich diskutiert worden, und nun bei der hängigen Initiative erneut. Jedes dieser Verkehrsgeschäfte habe die Gemeinde weitergebracht und das werde auch der Bericht der nicht ständigen Kommission tun. Vielleicht seien die Vorschläge der Kommission aber bereits wieder überholt. Die Idee von Crossbow müsse umgesetzt werden, nicht der wörtliche Text. Er hoffe auf ein Umsetzen der Kommissionsvorschläge. Das Volk solle sich aber äussern können. Seine Eckpunkte seien auch: Schlauch zu, Quartiere entlasten und Buskonzept entwickeln.

Gemeindepräsident Urs Graf zeigt Verständnis für den Antrag Schmidhauser. Der Kommissionsbericht enthalte aber verschiedene einschneidende Vorschläge. Zu diesen möchte der Gemeinderat auch die Stellungnahme der Kommissionen einholen. Dafür reiche einfach die Zeit nicht bis zur Junisitzung des Parlaments.

Antonie Meyes Schürch fragt, ob es Sinn mache, dass sich der Gemeinderat noch mit dem Geschäft befasse, da die Initiative so oder so nicht zurückgezogen werde. Wenn die Initiative angenommen würde, wäre alles zurück auf Feld 1. Deshalb sei es besser, rasch abzustimmen und erst nach dem Entscheid der Stimmberechtigten über die Initiative weitere Massnahmen prüfen. Einen Dialog zwischen Gemeinderat und Grosselem Gemeinderat brauche es, aber nicht zwingend vor der Abstimmung über die Initiative. Alle weiteren Diskussionen brächten nur Munition für das Initiativkomitee. Sie **beantragt** einen Sitzungsunterbruch, um in den Fraktionen das weitere Vorgehen zu besprechen.

Christoph Bertschart präzisiert, die Motivation für eine rasche Antwort des Gemeinderats liege darin, dass genügend Zeit für die Formulierung eines Gegenvorschlags bliebe. Es brauche einen Gegenvorschlag zur Initiative, damit die Bevölkerung eine Wahl habe. Ein Gegenvorschlag sei eine strategische Frage, über die aber nur mit der Stellungnahme des Gemeinderats entschieden werden könne.

Fritz Kupfer ist gegen einen Gegenvorschlag. Die erste Kommission habe bereits einen Vorschlag ausgearbeitet, über den noch nicht befunden worden sei. Ein direkter Gegenvorschlag zur Initiative müsste ebenfalls eine Änderung des Verkehrsrichtplans beinhalten. Der eigentliche Gegenvorschlag sei der Ist-Zustand, der für alle klar sei und der mit einem Nein zur Initiative weiter Gültigkeit habe. Er habe keine Angst vor der Abstimmung und zähle auf die Vernunft der Stimmberechtigten.

Ratspräsidentin Dorothea Simmler **unterbricht** die Sitzung von 20.50 bis 21.05 Uhr.

Auf Wunsch von *Ratspräsidentin Dorothea Simmler* beziehungsweise auf Frage von *Antonie Meyes Schürch* hält *Ratssekretär Philipp Goetschi* fest, dass eine Initiative mit Gegenvorschlag innert 16 Monaten ab Rechtskraft der Gültigerklärung der Initiative den Stimmberechtigten vorzulegen sei. Diese Frist sei auf Wunsch des Initiativkomitees für zwei Jahre unterbrochen worden, so dass bis zur Abstimmung maximal 40 Monate vergehen dürften. Die Gültigerklärung der Initiative sei Mitte Oktober 2014 publiziert und Mitte November 2014 rechtskräftig geworden, womit die Frist bis Mitte März 2018 laufe. Zuständig für die Formulierung der Abstimmungsbotschaft sei abschliessend das Büro des Grossen Gemeinderats, das alle Berichte des Gemeinderats oder der nicht ständigen Kommissionen und alle Verhandlungen im Grossen Gemeinderat einbeziehen könne. Dem Initiativkomitee stehe das Recht zu, seine Argumente in der Botschaft darzulegen.

Gemeindepräsident Urs Graf bittet noch einmal, dem Gemeinderat bis zur Augustsitzung Gelegenheit für eine Stellungnahme zu geben. Eine Verkürzung bis zur Junisitzung bedeute, dass der Gemeinderat seine Stellungnahme schon im Mai formulieren müsste und den Kommissionen so nur kurze Zeit für eine Beurteilung einräumen könnte. Das sei nicht seriös. Der Grosse Gemeinderat könnte immer noch im Oktober den Text eines allfälligen Gegenvorschlags diskutieren und beschliessen.

Beschluss:

Der Antrag Schmidhauser wird mit 18:7 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Schlussbericht der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht wird zur Stellungnahme bis spätestens zur Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 29. August 2017 an den Gemeinderat zu überweisen.

(18:7 Stimmen)

Mit diesem Beschluss entfällt die Abstimmung über den Antrag der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept vorläufig.

Freundliche Grüsse

sig. Goetschi

Philipp Goetschi, Sekretär

Dieser Auszug stammt aus einem vom Grossen Gemeinderat noch nicht genehmigten Protokoll. Die Grundlage für die Unterzeichnung durch den Gemeindeschreiber mit Einzelunterschrift ergibt sich aus Art. 37 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats.

Kopie an:

- Initiativkomitee Verkehrsinitiative, Postfach 111, 3800 Interlaken
- Gemeinderat
- Sicherheitskommission
- Baukommission
- nicht ständige Kommission Verkehrskonzept